

## A15 Eine europäische Friedensordnung aufbauen

Antragsteller\*in: Ursula Hertel-Lenz (BAG Frieden)  
Tagesordnungspunkt: 1. Änderungsanträge zum Wahlprogramm  
Status: Zurückgezogen

### Antragstext

- 1 Eingefügt wird in Kapitel 5 am Ende des Unterkapitels „Wir bauen Europa weiter“  
2 im Anschluss an den Abschnitt „Europa der Kommunen und Regionen“ ab Z. 1035  
3 (neu) ein zusätzlicher Abschnitt:
- 4 Auf den erfolgreichen Erfahrungen der Europäischen Union im Bereich der  
5 Überwindung von Feindschaften und der Aussöhnung wollen wir aufbauen und die EU  
6 als Friedensprojekt nicht nur nach innen, sondern auch nach außen  
7 weiterentwickeln. „Sicherheit“ verstehen wir im Sinne eines Systems kooperativer  
8 Sicherheit in Europa, dessen Grundlagen mit der Konferenz für Sicherheit und  
9 Zusammenarbeit in Europa (KSZE) Ende des 20. Jahrhunderts gelegt wurden und das  
10 heute im Rahmen der „Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“  
11 (OSZE) in inklusiver Weise ausgestaltet werden kann. Die OSZE verfügt nicht nur  
12 über eine fundierte Erfahrung in der Verhütung von Gewaltkonflikten, für die  
13 Regelung von Minderheitenrechten und für friedliche Streitbeilegung im Rahmen  
14 von Verhandlungsprozessen mit staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren,  
15 sondern auch im Bereich der Vertrauensbildung, Rüstungskontrolle und Abrüstung.  
16 Die OSZE bietet mit ihrer den Atlantik überspannenden Reichweite ein  
17 kontinuierliches Forum für Dialog und Kooperation zwischen allen Akteuren, die  
18 für die Sicherheit in Europa relevant sind.
- 19 (Text und Begründung wurden von der Friedensforscherin Dr. Martina Fischer  
20 konzipiert.)

### Begründung

Im Unterkapitel „Wir bauen Europa weiter“ (ab Z. 940) wird „Europa“ auf die EU reduziert. Der neue Abschnitt verdeutlicht, dass „Europa“ mehr ist als die EU. Dieser neue Abschnitt leitet zum folgenden Kapitel 6 „International zusammenarbeiten“ über. Wenn die Einfügung nicht vorgenommen würde, müsste die Überschrift in: „Wir bauen die EU weiter“ geändert werden.